Deutscher Bundestag **Drucksache 18/6842**

18. Wahlperiode 24.11.2015

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Klaus Ernst, Susanna Karawanskij, Jutta Krellmann, Thomas Lutze, Thomas Nord, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Dr. Petra Sitte, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE.

Unterschiedliche Lohnentwicklung in der Industrie und im Dienstleistungssektor und soziale und wirtschaftliche Auswirkungen

Dem Dienstleistungssektor wird eine immer größere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung zugesprochen. Die Bundesregierung hat hierzu festgestellt: „Der Dienstleistungssektor galt lange als das, was nach Abzug von Landwirtschaft und verarbeitendem Gewerbe von der Wirtschaft übrig bleibt. Inzwischen ist die Dienstleistungswirtschaft der größte Wertschöpfungsbereich in Deutschland überhaupt. 70 Prozent der Wertschöpfung gehen auf Dienstleistungen zurück. Von den über 38 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten mehr als 27 Millionen in den Dienstleistungsbranchen. Im produzierenden Gewerbe sind dagegen nur noch 8 Millionen beschäftigt" (vgl. http://goo.gl/Y0z9Jb).

Nicht thematisiert werden von der Bundesregierung jedoch das unterschiedliche Lohnniveau und die unterschiedliche Lohnentwicklung in den Dienstleistungsbranchen und im Verarbeitenden Gewerbe. Niedrigere Löhne und eine schwächere Lohnentwicklung im Dienstleistungssektor stellen jedoch zum einen für die Betroffenen – viele von ihnen sind vermutlich im Niedriglohnsektor beschäftigt – eine zum Teil existenzielle Belastung dar, zum anderen beeinflussen sie die Lohnentwicklung insgesamt negativ, tragen damit zu unfairen Wettbewerbsvorteilen vor allem in der deutschen Industrie im Außenhandel bei und gefährden damit nicht zuletzt die Stabilität der Europäischen Währungsunion.

In diesem Zusammenhang ist mitentscheidend, ob sich Lohnniveau und Lohnentwicklung in Deutschland im Dienstleistungssektor und im Verarbeitenden Gewerbe stärker unterscheiden als in den anderen Ländern der Europäischen Währungsunion und der EU.

Darüber hinaus stellt sich bei auffallenden Unterschieden im Lohnniveau und der Lohnentwicklung die Frage nach der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anerkennung von Dienstleistungsberufen, wie beispielsweise bei sozialen Dienstleistungen, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Vergleich Deutschlands mit anderen Ländern, in denen soziale Dienstleistungen besser bezahlt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viel Euro betrugen nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland zuletzt die Bruttolöhne und -gehälter und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber je Arbeitsstunde (Arbeitnehmerentgelte) in der Volkswirtschaft insgesamt, in der Privatwirtschaft insgesamt, im privaten Dienstleistungssektor, im öffentlichen Dienstleistungssektor und im Verarbeitenden Gewerbe nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung?

2. Wie viel Euro betrugen nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland, der Europäischen Währungsunion, der EU wie deren einzelnen Mitgliedsländern zuletzt die so genannten Arbeitskosten in der Volkswirtschaft insgesamt, in der Privatwirtschaft insgesamt, im privaten Dienstleistungssektor, im öffentlichen Dienstleistungssektor und im Verarbeitenden Gewerbe nach Eurostat?

3. Wie haben sich die in den Fragen 1 und 2 abgefragten Indikatoren seit Beginn der Europäischen Währungsunion entwickelt (1999 oder 2000=100)?

4. Wie haben sich die in den Fragen 1 bis 2 abgefragten Indikatoren für soziale Dienstleistungen, öffentliche und private, im selben Zeitraum entwickelt?

5. Wie haben sich im Zeitraum von 1999 (=100) bis heute die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Deutschland, der Europäischen Währungsunion und der EU wie in deren einzelnen Mitgliedsländern entwickelt?

6. In welchem Ausmaß wirkt sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Lohnentwicklung im Dienstleistungssektor auf die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe aus (Vorleistungseffekt)?

7. Worauf führt die Bundesregierung eine möglicherweise unterschiedliche Lohnentwicklung im privaten Dienstleistungssektor und im Verarbeitenden Gewerbe zurück?

   Inwieweit trägt der Niedriglohnsektor hierzu bei?

8. Sieht die Bundesregierung ein Problem in einer möglicherweise unterschiedlichen Lohnentwicklung im Dienstleistungssektor und im Verarbeitenden Gewerbe, insbesondere

   a) einem daraus hervorgehenden unfairen Wettbewerbsvorteil für die deutsche Industrie im Außenhandel,

   b) einem zunehmenden Lohngefälle zwischen Verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistungssektor und der damit verbundenen Marginalisierung vieler Beschäftigter bis hin zu der Existenznot, nicht von der Arbeit leben zu können,

   c) der fehlenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anerkennung von Dienstleistungen, insbesondere sozialer Dienstleistungen?

Berlin, den 23. November 2015

Dr. Sarah Wagenknecht und Dr. Dietmar Bartsch

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333